

NEWS AUS BRÜSSEL

EU-Informationen der Verbindungsstelle Brüssel

Oktober 2011

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Anja Wodrich

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 24. bis 30. Oktober 2011

Das Wichtigste in Kürze

Eurogipfel einig über Krisenmaßnahmen und Rettung von Griechenland

Die Staats- und Regierungschefs der Euroländer legten am 26.10. folgende Grundzüge fest, deren Details noch auszuarbeiten sind: (i) Neues Hilfspaket für Griechenland über 100 Mrd. EUR von EU und Internationalem Währungsfonds IWF bis 2014, (ii) Schuldenschnitt für Privatgläubiger von Griechenland in Höhe von 50% (Zustimmung des internationalen Finanzverbands IIF liegt vor), mit Verzicht auf 100 Mrd. EUR (von 350 Mrd. EUR griechischer Schulden), aber mit Absicherung der übrigen 100 Mrd. EUR durch 30 Mrd. EUR des Eurorettungsfonds (EFSF); (iii) Hebelung des Eurorettungsfonds durch eine Art Teilkaskoversicherung für Anleihen von Schuldenstaaten, anstelle von Darlehen und durch Schaffung eines Sonderfonds an dem sich der IWF beteiligt; (iv) Anhebung der Eigenkapitalposition von Banken auf 9 % Kernkapital (Aktien und Gewinnrücklagen), bezogen auf die Risikopositionen, insbesondere ausgereichte Kredite (mit Abschreibung von Staatsanleihen auf Marktwert) bis Ende Juni 2012, von bisher 4%, Kapitalbedarf 106 Mrd. EUR (deutsche Banken 5 Mrd. EUR, davon Commerzbank 3 Mrd., Bedarf auch bei NordLB und LBBW) und (v) Stärkere Aufsicht über Wirtschafts- und Haushaltspolitik, insbesondere von Griechenland und Italien sowie Prüfung von Vertragsänderungen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/125672.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/125662.pdf

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Kritik an europäischen Gipfeltreffen

Bei der Plenardebatte im Europäischen Parlament, einen Tag vor dem Eurogipfel am 26.10, kritisierten die Abgeordneten das ständige Abhalten von Gipfeltreffen. Corien Wortmann Kool (EVP, NL) sagte: "Einige Mitgliedstaaten haben diese Schuldenkrise verursacht. Aber wir alle sind von den Konsequenzen betroffen und müssen deshalb eine gemeinsame Lösung finden. Es ist auch wichtig, die Unabhängigkeit der EZB zu gewährleisten." Martin Schulz (S&D, DE) sagte: "Das größte Problem ist die Ankündigung von Regeln ohne deren Umsetzung. Wir müssen dies ändern, um das Vertrauen wiederherzustellen." Rebecca Harms (Grüne, DE) sagte: "Wir können die Eurozone nicht mit Krisengipfeln meistern. Wir brauchen eine Änderung des Vertrages. Wir konnten sehen, dass alles, was zu Griechenland beschlossen worden war, falsch war, dass man alles, was man falsch machen konnte, auch falsch gemacht hat."

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20111024IPR30206/html/Vorbereitung-des-EU-Gipfels>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20111025+ITEM-011+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20111021IPR30068/html/Nach-Euro-Rettungspaket-EU-Abgeordnete-erleichtert-aber-verhalten>

2. Kommissionspräsident Barroso hält am 09.11. „Europa-Rede“ in Berlin

José Manuel Durão Barroso, Präsident der Europäischen Kommission hält die "Europa-Rede". Zur Einführung spricht Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert. Die „Europa-Rede“, die die Stiftung Zukunft Berlin gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Robert Bosch Stiftung veranstaltet, ist eine jährlich wiederkehrende Stellungnahme der höchsten Repräsentanten Europas zur Idee und zur Lage Europas.

<http://www.stiftungzukunftberlin.eu/de/die-europa-rede>

3. Ombudsmann sorgt für Transparenz der EU-Institutionen

In seiner Entschließung vom 27.10. zu dem Jahresbericht 2010 über die Tätigkeit des Europäischen Bürgerbeauftragten betont das Europäische Parlament die Schlüsselrolle des Bürgerbeauftragten für offenere EU-Institutionen und für Transparenz.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20111026IPR30414/html/Ombudsman%27s-key-role-in-making-EU-institutions-more-open>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0467+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Timoschenko-Urteil gefährdet Assoziierungsabkommen mit Ukraine

In seiner Entschließung vom 27.10. zu den gegenwärtigen Entwicklungen in der Ukraine erklärt das Europäische Parlament, dass die rechtsstaatswidrige Verurteilung der früheren Premierministerin Julia Timoschenko das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine gefährde.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20111027IPR30448/html/Tymoshenko-trial-could-jeopardise-EU-Ukraine-association-agreement-say-MEPs>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0472+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

2. Europäisches Parlament fordert Schutz der Christen in Ägypten und Syrien

In seiner Entschließung vom 27.10. zur Lage in Ägypten und Syrien, insbesondere in Bezug auf die christlichen Gemeinschaften verurteilt das EP die Tötung friedlicher Demonstranten und ruft beide Staaten zum Schutz christlicher Gemeinschaften auf.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20111027IPR30446/html/Parliament-stands-up-for-Christians-in-Egypt-and-Syria>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0471+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

3. EP verurteilt Menschenrechtsverletzungen in Tibet, Bahrain und Syrien

Das Europäische Parlament fasste am 27.10. Entschließungen zu den Selbstverbrennungen von Nonnen und Mönchen in Tibet, zur Verhaftung von Menschenrechtsaktivisten in Bahrain sowie zur Verhaftung des syrischen Psychoanalytikers Rafah Nashed.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20111026IPR30422/html/Human-rights-resolutions-Tibet-Bahrain-Syria>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0474+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Tibet)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0475+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Bahrain)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0476+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Syrien)

b) Außenhandel

1. EU und Russland einigen sich auf Bedingungen für WTO Beitritt Moskaus

EU-Handelskommissar Karel De Gucht gab am 21.10. bekannt, dass die letzten aus der Sicht der EU noch offenen bilateralen Fragen im Zusammenhang mit dem Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation nunmehr geklärt sind.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1231&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/bilateral-relations/countries/russia/>

2. Einrichtung von Handelsausschuss für Abkommen mit Korea

Der Rat verabschiedete am 27./28.10. den Standpunkt der EU in dem mit dem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Korea andererseits eingesetzten Handelsausschuss hinsichtlich der Annahme der Geschäftsordnung des Handelsausschusses und der Aufstellung einer Liste mit 15 Schiedsrichtern.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st14/st14893.de11.pdf>

c) Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe

1. Europäisches Parlament für ehrgeizigen Standpunkt zur Entwicklungspolitik

In seiner Entschließung vom 25.10. zum Vierten Hochrangigen Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Busan, Südkorea (2011), unterstreicht das EP, dass die EU auf

dem HLF-4 einen ehrgeizigen Standpunkt vertreten muss. Das EP weist darauf hin, dass eine grundlegende Voraussetzung für die Verwirklichung der Ziele der „Agenda zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit“ in der umfassenden Einbeziehung des Grundsatzes der „demokratischen Eigenverantwortung“ liegt, was bedeutet, dass die Entwicklungsstrategien von den jeweiligen Ländern vorgegeben werden und das Engagement aller einzelstaatlichen Akteure widerspiegeln. Das EP stellt allerdings fest, dass die Regierungen der Entwicklungsländer ihren Parlamenten und ihrer Zivilgesellschaft nicht den notwendigen Spielraum für eine tatsächliche Eigenverantwortung gegeben haben.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0460+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Maßnahmen zum Schutz rohstoffreicher Entwicklungsländer

Durch Änderung der Transparenzrichtlinie für Unternehmen will die Kommission erreichen, dass die Energie- und Bergbauunternehmen sowie die Forstwirtschaft länderbezogen berichten, welche Zahlungen sie für die Ausbeutung der Rohstoffe geleistet haben. Damit soll die Bevölkerung in rohstoffreichen Entwicklungsländern darüber informiert werden können, welche Einkünfte ihre Regierung für die Konzessionen erhält. Sie soll so in die Lage versetzt werden, einzuschätzen, ob dem Verlust an natürlichen Ressourcen angemessene Entschädigungen gegenüber stehen. Die Vorschläge für die Überarbeitung der Transparenzrichtlinie werden jetzt dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat zur Annahme vorgelegt

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1238&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/securities/docs/transparency/modifying-proposal/20111025-provisional-proposal_en.pdf (Richtlinienvorschlag, Transparenz, engl.)

http://ec.europa.eu/internal_market/securities/docs/transparency/modifying-proposal/20111025-impact-assessment_en.pdf (Impact assessment)

http://ec.europa.eu/internal_market/securities/docs/transparency/modifying-proposal/20111025-impact-assessment-summary_en.pdf (Impact assessment, summary)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/734&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (FAQ)

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

1. EU-Strategie (2011-14) für die soziale Verantwortung der Unternehmen

Die Mitteilung der Kommission zur sozialen Verantwortung von Unternehmen soll den Unternehmen eine Strategie an die Hand geben, wie sie ihr Potenzial effizienter nutzen können. Ziel ist es, mehr Vertrauen in Unternehmen zu schaffen, wofür u. a. 2013 erstmals eine Europäische Auszeichnung für sozial verantwortliche Unternehmen verliehen und in einigen relevanten Sektoren Plattformen für sozial verantwortliche Unternehmen geschaffen werden sollen. Die Kommission wird spätestens Mitte 2014 Bilanz ziehen. Die Spitzenvertreter der europäischen Wirtschaft sowie des Finanzsektors werden aufgerufen, sich bis Mitte 2012 dafür einzusetzen, dass sich wesentlich mehr Unternehmen in der EU zu verantwortungsvollem Handeln bekennen und dass klare Zielvorgaben für die Jahre 2015 und 2020 festgelegt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1238&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sustainable-business/files/csr/new-csr/act_de.pdf (Mitteilung)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/730&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten

In seiner nicht-legislativen Entschließung vom 26.10. weist das Europäische Parlament darauf hin, dass erhebliche Hindernisse bestehen, die einer starken Anhebung der Beschäftigungsquote in der EU im Wege stehen. Das EP vertritt die Auffassung, dass neben der Sicherstellung gut funktionierender Arbeitsmärkte auch die Diskrepanz zwischen den erworbenen und nachgefragten Qualifikationen angegangen werden müsse. Das EP vertritt ferner die Auffassung, dass ein integrierter Ansatz bei der Entwicklung der erforderlichen Kompetenzen für die optimale Nutzung des Potenzials einer neuen nachhaltigen Wirtschaft entscheidend sein wird, und fordert die Kommission auf, in ihrer geplanten Mitteilung zum Thema Arbeitsplätze in der neuen, nachhaltigen Wirtschaft den diesbezüglichen Forderungen des Parlaments zu folgen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0466+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

3. Europäisches Parlament fordert umsichtigeren Einsatz von Antibiotika

Die Verwendung von antimikrobiellen Wirkstoffen - etwa Antibiotika - müsse strenger Regeln unterworfen werden, um der zunehmenden Resistenz von Bakterien entgegen zu wirken, fordert das Europäische Parlament in einer am 27.10. verabschiedeten Entschließung. Nahezu unbehandelbare "Superbakterien" verursachten mittlerweile jährlich rund 25 000 Todesfälle in Europa. Die Zahl der Opfer könnte weiter steigen, befürchten die Abgeordneten.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20111026IPR30419/html/Parlament-fordert-umsichtigeren-Einsatz-von-Antibiotika>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0473+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

1. Geringe Wirksamkeit des Programms „Schulmilch“

Die EU subventioniert seit mehr als 30 Jahren die verbilligte Abgabe von Milcherzeugnissen in Schulen und führte vor Kurzem ein zweites Programm zur Abgabe von Obst ein. Der Europäische Rechnungshof führte eine gemeinsame Prüfung in Bezug auf die Wirksamkeit dieser beiden Instrumente durch. In diesem Bericht weist der Hof auf die sehr begrenzte Wirksamkeit des Programms "Schulmilch" hin, die insbesondere auf einen erheblichen Mitnahmeeffekt und eine geringe erzieherische Wirkung zurückzuführen ist. Milchprodukte würden auch so gekauft. Auf Gesundheitsvorteile werde nicht hingewiesen. Anhand der festgestellten guten Praktiken und der erfolversprechenden Anfangsphase der kostenlosen Obstabgabe, mit Hinweisen auf gesunde Ernährung, zeigt er jedoch auf, dass diese Probleme gelöst werden können.

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/9460748.PDF>

2. Weniger Bürokratie für Bauern und weniger Umweltauflagen

Bei der Aussprache mit Kommissar Dacian Cioloș im Agrarausschuss des EP am 24.10. sprachen sich die Abgeordneten für weniger Bürokratie und weniger einschneidende Umweltauflagen aus. So sollte anbaufähiges Land nicht brachgelegt werden müssen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20111024IPR30156/html/Farm-policy-reform-cut-bureaucracy-and-rethink-greening-measures-MEPs-say>

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt und Verbraucherschutz

1. Verringerung des Verwaltungsaufwands für KMU:

Mit den Änderungsvorschlägen zu den Rechnungslegungsrichtlinien ([78/660/EWG](#) und [83/349/EWG](#)) beabsichtigt die Kommission, den Verwaltungsaufwand für kleine Unternehmen zu verringern. Durch Vereinfachungen soll die Erstellung der Jahresabschlüsse vergleichbarer, klarer und leichter verständlich werden. Die potenziellen Kosteneinsparungen für KMU werden mit 1.7 Mrd. EUR pro Jahr veranschlagt. Die Vorschläge für die Überarbeitung der Rechnungslegungsrichtlinien werden jetzt dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat zur Annahme vorgelegt

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1238&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/accounting/docs/sme_accounting/review_directives/20111025-legislative-proposal_en.pdf (Proposal for a directive)

http://ec.europa.eu/internal_market/accounting/docs/sme_accounting/review_directives/20111025-ia-summary-part-1_en.pdf (Impact assessment, summary, part 1)

http://ec.europa.eu/internal_market/accounting/docs/sme_accounting/review_directives/20111025-ia-summary-part-2_en.pdf (Impact assessment, summary, part 2)

http://ec.europa.eu/internal_market/accounting/docs/sme_accounting/review_directives/20111025-impact-assessment-part-1_en.pdf (Impact assessment, part 1)

http://ec.europa.eu/internal_market/accounting/docs/sme_accounting/review_directives/20111025-impact-assessment-part-2_en.pdf (Impact assessment, part 2)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/732&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (FAQ)

2. EP schlägt Revision des öffentlichen Vergaberechts vor

Das Europäische Parlament verabschiedete am 25.10. den Initiativbericht von Heide Rühle (Grüne/DE). Dieser sieht Maßnahmen zur besseren Beteiligung von KMU vor, insbesondere durch stärkere Unteraufteilung von Aufträgen. Das Bieten sollte durch einen elektronischen Vergabeausweis vereinfacht werden. Ferner sollten am Anfang des Bewerbungsverfahrens Selbst-Erklärungen zur Einhaltung der EU-Vorgaben genügen. Originalunterlagen sollten nur von den auf der Shortlist aufgeführten oder erfolgreich ausgewählten Unternehmen verlangt werden. Schließlich sollten öffentliche Auftraggeber Angebote nicht nur auf Grundlage des niedrigsten Preises auswählen, sondern auch den innovativen, sozialen und ökologischen Mehrwert berücksichtigen. Die Kommission wird bis Ende des Jahres einen Gesetzesvorschlag vorlegen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20111025IPR30224/html/%C3%96ffentliches-Vergaberecht-Einfacher-integrativer-und-flexibler>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0454+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

b) Steuern

Keine Umsatzsteuerpflicht für Erwerb von zahlungsgestörten Forderungen]

Der Europäische Gerichtshof entschied, anders als von Generalanwalt Niilo Jääskinen vorgeschlagen, dass ein Wirtschaftsteilnehmer, der auf eigenes Risiko zahlungsgestörte Forderungen zu einem unter ihrem Nennwert liegenden Preis kauft, keine entgeltliche Dienstleistung im Sinne von Art. 2 Nr. 1 der Mehrwertsteuerrichtlinie erbringt und keine in ihren Geltungsbereich fallende wirtschaftliche Tätigkeit ausübt, wenn die Differenz zwischen dem Nennwert dieser

Forderungen und deren Kaufpreis den tatsächlichen wirtschaftlichen Wert der betreffenden Forderungen zum Zeitpunkt ihrer Übertragung widerspiegelt.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-93/10)

[bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-93/10](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-93/10)

c) Wettbewerbsrecht

„Freispruch“ für Solvay im Natriumkarbonatkartell

Der Europäische Gerichtshof hob, wie von Generalanwältin Juliane Kokott vorgeschlagen, zwei Urteile des Gerichts auf und erklärte die Entscheidungen der Kommission, mit denen diese Geldbußen gegen Solvay wegen wettbewerbswidrigen Verhaltens auf dem Markt für Natriumkarbonat verhängt hat, für nichtig. Die Kommission habe die Rechte von Solvay auf Zugang zu den Verfahrensakten und auf Anhörung missachtet. Die Kommission räumte ein, bestimmte Akten verlegt zu haben und kein Verzeichnis der in ihnen enthaltenen Unterlagen erstellen zu können, da auch die Inhaltsverzeichnisse der betreffenden Ordner unauffindbar seien. Außerdem brachte Solvay vor, die Kommission habe die neuen Entscheidungen erlassen, ohne ein neues Verwaltungsverfahren zu eröffnen, und damit auch, ohne sie anzuhören.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-10/cp110116de.pdf> (PM EuGH)

http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/ (Urteil: Az. C-109/10 einfügen)

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Wirtschaftsklima im Oktober kaum verändert

Im Oktober blieb der Wirtschaftsklimaindikator (Economic Sentiment Indicator, ESI) sowohl in der EU (minus 0.1 Punkte) als auch im Eurogebiet (minus 0.2 Punkte) fast unverändert, auf einem Stand von 93.8 bzw. 94.8.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1274&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Weitere Verschlechterung des Geschäftsklimas im Eurogebiet

Das Geschäftsklima im Eurogebiet verschlechterte sich im Oktober den achten Monat in Folge. Der Index fiel auf minus 0.18 Punkte von minus 0.06 im September. Der Indexstand Null entspricht dem langfristigen Durchschnittswachstum der Industrieproduktion von 2%. Die Kommission erklärte, der seit März beobachtete Rückgang deute auf einen erheblichen Wachstumsabschwung der Industrieproduktion hin. Im Oktober seien insbesondere der Produktionstrend sowie die Auftragseingänge pessimistischer eingeschätzt worden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1272&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

3. Investitionsquote der Unternehmen im Euroraum fast unverändert

Im zweiten Quartal 2011 blieb die Investitionsquote der Unternehmen im Euroraum (ER17) im Vergleich zum vorherigen Quartal nahezu unverändert, während sie in der EU27 anstieg. Im Euroraum blieb die Gewinnquote der Unternehmen stabil, da die Wertschöpfung und die Lohnkosten im gleichen Tempo anstiegen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/158&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

1. Stärkerer Schutz des Mittelmeeres vor Offshore-Aktivitäten

Mit ihrem Vorschlag vom 27.10. für den Beitritt der EU zu einem Protokoll zur Barcelona-Konvention zum Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzung durch Offshore-Erkundungs- und -Nutzungsaktivitäten hat die Kommission einen wichtigen Schritt für einen besseren Schutz des Mittelmeeres unternommen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1261&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/environment/water/marine/barcelona.htm>

http://ec.europa.eu/environment/water/marine/directive_en.htm

2. “Wirtschaft, Währung, Energie: Welche Herausforderungen für Europa?”

Vortrag von Kommissar Günther Oettinger am 31.10. in Berlin auf einer Veranstaltung der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa.

<http://www.schwarzkopf-stiftung.de/date.20111031.420.html>

c) Währung und Finanzen

1. EP fordert Reform der globalen Finanzmärkte und ihrer Institutionen

Im Vorfeld des G20-Gipfels am 03./04.11. in Cannes hat das Europäische Parlament am 25.10. eine Resolution als eigenen Beitrag zur Überprüfung der globalen Economic Governance angenommen. In der Entschließung wird die Verwandlung des IWF in eine politische Institution, das Ende von politischer Einmischung in Wechselkurse und Regeln zur Trennung von Spekulationsgeschäften und traditionellen Verkaufsfunktionen der Banken gefordert. Hauptpunkte sind ferner: Erstens die Forderung an die G20, "ohne weitere Umstände" den Grundkomponenten einer globalen Transaktionssteuer zuzustimmen. Zweitens ein Appell an den Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, Maßnahmen vorzuschlagen, um das Privatkundengeschäft von wichtigen Banken zu sichern und von ihnen ausreichende Eigenkapitalisierung zu fordern.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20111025IPR30225/html/Reform-der-globalen-Finanzmärkte-und-ihrer-Institutionen>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0457+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

2. EZB-Präsident Trichet sieht Chancen für Vertragsänderung für Eurogebiet

In seiner Rede am 24.10. bekräftigte EZB-Präsident Jean-Claude Trichet, dass im Eurogebiet eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitiken auf nationaler Ebene und eine strenge Kontrolle durch die Kommission und die Mitgliedstaaten notwendig sei. Für Staaten die keinen Zugang zu den Finanzmärkten mehr haben komme für begrenzte Zeit die Gewährung von Hilfen unter strengen Auflagen in Frage. Bei andauerndem Verfehlen von Stabilitätszielen müsse jedoch europäischen Stellen ein Durchgriffsrecht eingeräumt werden. Dies erfordere eine Vertragsänderung, wofür der Europäische Rat am 23.10. offen gewesen sei. Langfristig sei aber ein Finanzminister für das Eurogebiet erforderlich, dem die Aufsicht über die Finanz- und Wettbewerbspolitik sowie die Außenvertretung in internationalen Organisationen obliegen.

<http://www.ecb.int/press/key/date/2011/html/sp111024.en.html>

3. Verzicht auf AAA-Rating für EFSF würde zusätzliche Mittel mobilisieren

In einer Rede am 20.10. gab Dr. Andreas Dombret, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, zu bedenken, dass das Beharren auf der Bestbewertung für den Eurorettungsschirm (EFSF) dazu führt, dass die Ausleihsumme nicht über die Garantiesumme der haftenden Länder mit einem AAA-Rating hinaus ansteigt. Damit beläuft sich das effektive Ausleihvolumen derzeit auf 440 Mrd. EUR. Bei einem AA-Rating ließe sich das Ausleihvolumen um gut die Hälfte erhöhen. Hierdurch würden zwar die Refinanzierungskosten etwas steigen, doch wären diese von den Hilfe empfangenden Ländern zu tragen. Dies würde die problematische Lockerung der Konditionen für Hilfskredite zumindest etwas zurücknehmen und den Anreiz zur eigenständigen Rückkehr an den Kapitalmarkt erhöhen.

<http://www.bundesbank.de/download/presse/reden/2011/20111020.dombret.php>

4. Weiterer Ankauf von Staatstiteln durch Europäische Zentralbank

In der Woche zum 21.10. erwarb die EZB für 4.490 Mrd. EUR Staatsanleihen; Presseberichte sprechen von italienischen und spanischen Papieren. Dies ist etwa doppelt so viel wie in den beiden vorausgegangenen Wochen. Da Anleihen über 0.240 Mrd. EUR fällig geworden sind, erhöhte sich der Bestand der im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte getätigten Ankäufe der EZB um 4.250 Mrd. EUR auf insgesamt 169.5 Mrd. EUR. Wie üblich schöpft die EZB die Liquidität über einen Tender in der Höhe dieses Bestandes ab. Hierfür können die Banken für eine Woche bis zu 1.50% Zins erhalten; über die Einlagefazilität der EZB erhalten sie nur 0.75%. Der Durchschnittszins für die am 26.10. zugeteilten Tender betrug jedoch nur 0.85%. Interesse bestand an über 231 Mrd. EUR. Geboten hatten 87 Banken.

<http://www.ecb.int/press/pr/wfs/2011/html/fs111025.de.html>

<http://www.ecb.int/mopo/implement/omo/html/index.en.html#com>

http://www.ecb.int/mopo/implement/omo/html/20110117_all.en.html

5. Ausweitung der Geldmenge im Euroraum im September

Nach dem Bericht der Europäischen Zentralbank zur Geldmengenentwicklung im Euro-Währungsgebiet im September stieg die Jahreswachstumsrate der weit gefassten Geldmenge M3 im September 2011 auf 3,1 %, verglichen mit 2,7 % im Vormonat. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 im Zeitraum von Juli bis September 2011 erhöhte sich auf 2,6 % nach 2,3 % im Dreimonatszeitraum von Juni bis August 2011. M3 umfasst die Sichteinlagen der Nichtbanken, den gesamten Bargeldumlauf, Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu zwei Jahren, Einlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist bis zu drei Monaten und Geldmarktpapiere sowie Bankschuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu zwei Jahren.

<http://www.bundesbank.de/download/ezb/pressemitteilungen/2011/20111027.geldmengenentwicklung.pdf>

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Kritik an Betrugsbekämpfungsamt OLAF

Der Rat begrüßte am 27./28.10. den Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs zur Verwaltung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF). Der Rat begrüßt die bedeutenden Maßnahmen, die das Amt zur Erhöhung der Effizienz seiner Tätigkeiten umgesetzt hat, darunter die Einführung einer neuen Version des Handbuchs der operativen Verfahren 2009 und

die Weiterentwicklung des Fallverwaltungssystems. Der Rat bedauert jedoch, dass bei der Verbesserung der Planung und Überwachung der Untersuchungen nur begrenzt Fortschritte erzielt wurden und deshalb die Untersuchungen sowie die ersten Bewertungen im Durchschnitt noch immer zu viel Zeit erfordern.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st15/st15274.de11.pdf>

2. Jahresbericht der Aufsichtsbehörde von Eurojust

Der Rat übermittelte am 27./28.10. den Jahresbericht der Aufsichtsbehörde von Eurojust an das Europäische Parlament.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/11/st15/st15603.en11.pdf>

3. EuGH erweitert Klagebefugnis bei Persönlichkeitsverletzungen im Internet

Der Europäische Gerichtshof entschied, wie von Generalanwalt Pedro Cruz Villalón vorgeschlagen, dass der Geschädigte bei Persönlichkeitsverletzungen in Internet die Möglichkeit hat, entweder bei den Gerichten des Mitgliedstaats, in dem der Urheber dieser Inhalte niedergelassen ist, oder bei den Gerichten des Mitgliedstaats, in dem sich der Mittelpunkt seiner Interessen befindet, eine Klage auf Ersatz des gesamten entstandenen Schadens erheben kann. Er kann sich auch an Gerichte anderer Mitgliedstaaten wenden in denen ein Schaden eingetreten ist. Diese können jedoch nur über den in ihrem Gebiet entstandenen Schaden entscheiden. Anders als vom Generalanwalt vorgeschlagen stellte der EuGH auch klar, dass ein Betreiber keinen strengeren Vorschriften als in seinem Sitzmitgliedstaat unterworfen werden kann.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-10/cp110115de.pdf> (PM EuGH)

http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/ (Urteil: Az. C-509/09 einfügen)

b) Inneres

Schärfere EU-Maßnahmen zur Drogenbekämpfung in Europa

Die Kommission kündigte für die kommenden zwei Jahre an: (i) **Legislativpaket zur Drogenbekämpfung** (Überarbeitung des Rahmenbeschlusses über Drogenhandel und des Ratsbeschlusses über neue psychoaktive Substanzen); (ii) **Legislativvorschläge zu Drogenausgangsstoffen**; (iii) **Legislativvorschläge zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität einschließlich Drogenhandel durch Beschlagnahmung und Einziehung von Vermögenswerten, sowie neue Maßnahmen gegen Geldwäsche**; (iv) **Indikatoren zur Überwachung des Drogenangebots**, der Drogenkriminalität und der Verringerung des Drogenangebots und (v) **Mindestqualitätsstandards** zur Verbesserung der Suchtprävention, der Behandlung von Drogensüchtigen und der Maßnahmen zur Verringerung von Gesundheitsschäden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1236&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/11/st15/st15983.en11.pdf> (Mitteilung)

http://ec.europa.eu/justice/anti-drugs/index_de.htm

VIII. Umwelt

1. EP-Umweltausschuss für ehrgeizige Klimaziele

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments sprach sich am 26.10. für ehrgeizige Ziele der EU auf dem VN-Klimagipfel in Durban (Südafrika) aus. Es komme vor allem darauf an, das

Kyoto-Protokoll über 2012 hinaus zu verlängern. Die europäische Wirtschaft würde auch von einer über 20% hinausgehenden Reduzierung von Klimagasen (verglichen mit 1990) profitieren.
<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20111024IPR30159/html/Climate-summit-EU-should-champion-Kyoto-Protocol>

2. Aufnahme weiterer Abfälle in Richtlinie zur Verbringung von Abfällen

Der Rat äußerte am 27./28.10. keine Bedenken gegen die geplante Verordnung der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verbringung von Abfällen zwecks Aufnahme bestimmter noch nicht eingestufte Abfälle in deren Anhang IIIB. Die Kommission kann diese Verordnung annehmen wenn auch das EP keine Einwände erhebt.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st14/st14391.de11.pdf>

IX. Verkehr

1. Abkommen mit den USA über Nutzung von GALILEO- und GPS

Das Europäische Parlament verabschiedete am 26.10. eine legislative Entschließung zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss des Abkommens über die Förderung, Bereitstellung und Nutzung von GALILEO- und GPS-Satellitennavigationssystemen und verbundenen Anwendungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Vereinigten Staaten von Amerika andererseits.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0463+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Grenzüberschreitender Straßentransport von Euro-Bargeld

Der Rat verabschiedete am 27./28.10., nach Einigung mit dem EP in erster Lesung, die Verordnung über den gewerbsmäßigen grenzüberschreitenden Straßentransport von Euro-Bargeld zwischen Mitgliedstaaten des Euroraums. Diese sieht strenge Sicherheitsvorkehrungen vor.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/125749.pdf (Council JHA)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/pe00/pe00018.de11.pdf> (Verordnung)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st00/st00018.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st15/st15366-ad01re01.de11.pdf> (Annahme)

X. Medien und Informationsgesellschaft

EU-Projekt zeigt Lösung für Internetverstopfung

Das am 28.10. in Poznan (Posen, Polen) mit dem „Future Internet Award“ ausgezeichnete Projekt TRILOGY präsentiert Lösungen für die Internetarchitektur und Internetprotokolle durch die Verstopfungen im Internetverkehr vermieden werden können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1294&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://www.trilogy-project.org/>

<http://www.cefims.eu/fiaward/>

XI. Bildung, Forschung, Kultur

Digitalisierung des europäischen Kulturerbes soll Wachstum fördern

Die Kommission hat am 28.10. eine Empfehlung angenommen, in der die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, ihre Bemühungen um die Digitalisierung ihres kulturellen Erbes zu intensivieren, ihre Ressourcen zu bündeln und den privaten Sektor einzubinden. Ziel ist es, einen breiteren Zugang zum kulturellen Erbe Europas zu schaffen und das Wachstum der Kreativbranchen in Europa zu fördern. Die digitalen Datenbestände sollen über Europeana, Europas Online-Bibliothek, -Museum und -Archiv, zugänglich gemacht werden (www.europeana.eu). Schon in vier Jahren sollen die Menschen in der EU per Mausklick auf dreißig Millionen Werke zugreifen können. Deutschland hat bisher nur knapp über drei Millionen Werke digitalisiert. Bis 2015 sollen es 5,5 Millionen sein.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1292&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/information_society/activities/digital_libraries/index_de.htm (Empfehlung)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/745&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

XII. Sonstiges

1. EZB und 12 Nationalbanken lancieren Schülerwettbewerb zu Euro

Die Europäische Zentralbank (EZB) und 12 nationale Zentralbanken (aus Belgien, Deutschland, Spanien, Zypern, Irland, Italien, den Niederlanden, Österreich, Portugal, Slowenien, der Slowakei und Finnland) veranstalten den Online-Wettbewerb Generation Euro an dem alle Schülerinnen und Schüler von weiterführenden Schulen teilnehmen können, die sich für Wirtschaft interessieren und mehr über Geldpolitik wissen möchten. In die Endauswahl kommen die siegreichen Teams aus den teilnehmenden Staaten sowie ein Team aus den Europa- und internationalen Schulen. Neben Preisen winkt die Chance, die Abschlussveranstaltung bei der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main zu besuchen. Die Teilnahme am Wettbewerb setzt eine Registrierung und das Beantworten des Online-Quiz voraus.

<http://www.ecb.int/press/pr/date/2011/html/pr111021.en.html>

www.generationeuro.eu

<http://www.generationeuro.eu/index.php?id=1&L=2> (Deutschland)

2. Neuer Newsletter der Kommission: "Europe This week"

Am 21.10. lancierte die Kommission einen neuen Service für die Allgemeinheit und für die Presse, einen Newsletter genannt "Europe This week". Dieser erscheint jeden Freitag in englischer Sprache und ist auf der Datenbank Rapid zugänglich. Er soll Themen von Bedeutung für das Alltagsleben aufgreifen. Am 20.10. waren dies zwei Themen: Bewertung der Vorschläge der Kommission zu gentechnisch veränderten Organismen und Sicherheitsstandards für Offshore Öl- und Gasförderung.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=ETW/11/2110&type=HTML>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=ETW/11/2810&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>